

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Voersch,
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gesaltene Zeilen
Beile 30 Pfg.
Veranstaltungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Jr. 16.

Berlin, den 29. Juli 1900.

4. Jahrg.

Jur Lage der Gewerkschaftsbeamten.

Herrn schreibt P. P. im „Vorwärts“ Folgendes: Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit hegt die Scharfmacherpresse gegen die Führer der Arbeiterbewegung die beliebtesten Anwürfe sind die, daß die Agitatoren sich von den „Arbeitergrößen“ mästen, bei ihrem Handwerk der „Arbeiterverehrung“ den „guten Tag“ leben u. s. f. Die Goldschreiber der Unternehmer wissen ganz genau, daß sie damit in argster Weise Fälschung treiben, ihr Zweck ist der, die Arbeiter gegen die Männer ihres Vertrauens aufzuwiegen. Sie selbst, alle die im Dienst des Unternehmers stehen, die Buch, die Beamer, die Jedem x. lassen sich ihre Wählerarbeit sehr gut bezahlen.

Wie wenig es zutrifft, daß die Beamten der Gewerkschaft so glänzend bezahlt werden, das wurde recht drastisch dargelegt durch eine Statistik, welche dem Frankfurter Gewerkschaftsverband vorgelegt wurde. Ein ähnliches Resultat würde sich bei der Aufnahme einer Statistik über die Gehaltsverhältnisse der Redakteure der sozialdemokratischen Parteipresse ergeben. Wie angestrengt auf der anderen Seite die Tätigkeit dieser Beamten ist, möge an einigen Beispielen nachgewiesen werden, die uns gerade zur Hand sind.

Die General-Verammlung des Vereins deutscher Schumacher hatte die Anstellung eines weiteren: besoldeten Beamten beschlossen, wodurch deren Zahl im Vorstande von drei auf vier erhöht wurde. Gegen diesen Beschluß haben nun verschiedene Mittelständchen Protest erhoben. Der bisherige erste, jetzt zweite Vorsitzende, J. Siebert, wendet sich nun in dem „Schumacher-Jahrbuch“ in einer Erklärung gegen die Protektion, indem er die verschiedenen Gründe für die Notwendigkeit der Anstellung eines vierten Beamten in der Zentralverwaltung ins Feld führt. Es heißt dazu u. A.:

„Von hauptsächlichem Einfluß auf diese ungünstige Lage, was ja auch schon auf der General-Verammlung in Mainz keineswegs unbekannt war, ist, daß ich durch das viele Reisen und die damit verbundene Ueberanstrengung seit Jahr und Tag mit meiner Arbeitskraft vollständig zu Ende bin. Meine Person konnte bei den Kur- und arbeitslosen so gut wie garnicht in Betracht kommen und nur mit Aufwendung meiner letzten physischen und geistigen Kräfte, dem eisernen Zwang gehorchend, konnte ich die Tätigkeit bei Streiks und Vögnbewegungen ausüben.“

Ich bin nun vollständig aufgegeben, ja leider muß ich sagen, daß der letzte Rest meiner Arbeitskraft vollständig ausgezehrt und durch die letzten Streikbewegungen geradezu herausgeschunden wurde, so daß ich zunächst und absehbarer Zeit überhaupt an irgendwelche Tätigkeit nicht denken kann.

Es ist bitter, dies unter solchen Umständen offen auszusprechen zu müssen, aber ich bin eben alt, denn die 48 Jahre machen sich recht sichtbar geltend.

Ich hätte nun selbstverständlich auf der Magdeburger General-Verammlung gegenüber diesem Zustand die nabelgeladene Konsequenz gezogen, wenn mir jetzt auf meine alten Tage noch eine andere Existenz offen stünde! Vielleicht können mir hier diejenigen Kollegen, die nun über die Anstellung einer jungen Kraft so entrüstet sind, einen Rath geben, was ich nun, da ich aufgebraucht bin, thun soll? Soll ich vielleicht das Armenhaus aufsuchen?

Die Anstellung war also nicht zu umgehen, wenn die Organisation und mit ihr die Interessen der Mitglieder nicht empfindlichen Schaden erleiden sollten. Bitter, sehr bitter aber ist es, daß man dieseshalb einen solchen, allem Solidaritätsgefühl wohlwollenden Standal mit erleben muß.“

Ein anderes Beispiel: Am „Zimmerer“, dem Verbandsorgan des Verbandes deutscher Zimmerer, macht August Brinmann, Redakteur dieses Blattes und zugleich Vorsitzender des Verbandes, Folgendes bekannt.

„Zur Beachtung! Mein Gesundheitszustand, der bereits seit Monaten viel zu wünschen übrig läßt, zwingt mich, auf einige Wochen die Redaktion niederzulegen und fern von Hamburg Genesung zu suchen. Während der Zeit wird Kamerad Heinrich Gebe die Redaktion übernehmen.“

Diese Beispiele zeigen, daß die Kräfte der Beamten, die im Dienst der Gewerkschaft stehen, in vielen Fällen über die Gebühr angestrengt sind.

Die Bezahlung der Beamten, die in den Gewerkschaften, in der Parteipresse, an der Parteipresse usw. thätig sind, steht im Allgemeinen in keinem Verhältnis zu deren Leistungen. Selbst in den großen Verbänden

kommen Gehälter über 2000 Mark nur ganz vereinzelt vor; 1500 Mark pro Monat wird schon als eine ganz gute Bezahlung angesehen; Gehälter von 1200 Mark, 1000 Mark und selbst darunter sind durchaus nichts Seltenes. Erhöhen doch erst kürzlich noch die Berliner Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes Protest gegen die auf der Verband-General-Verammlung beschlossene Gehaltserhöhung der Beamten in der Hauptverwaltung; die Erhöhung brachte das Gehalt der beiden ersten Beamten (zwei Vorsitzenden) von 160 auf 170 Mark pro Monat. In der vorerwähnten Statistik fanden sich u. A. folgende Posten: 750 Mark inkl. Redaktion, 360 Mark Gehalt für Vorsitzenden inkl. Expedition, 180 Mark inkl. Redaktion. In den letzteren Fällen handelte es sich allerdings um Leute, die noch in ihrem Berufe thätig sind und obige Summen als Entschädigung für Zeitverlängerung etc. erhielten. Die Mehrzahl der berufsmäßigen Beamten dürfte ein Gehalt von 120-150 Mark beziehen, eine Summe, die nach ihren Leistungen und nach den Anforderungen, die an sie gestellt werden, eine viel zu geringe erscheint, wie wir weiter unten des Näheren nachweisen werden. Dabei sei von vornherein zugegeben, daß die Verhältnisse leider vielfach so liegen, daß die Organisationen selbst bei dem besten Willen nicht in der Lage sind, ihren Beamten eine bessere Bezahlung zu gewähren.

Die junge Organisation, die noch um ihre Existenz ringt, der von der Polizei und dem Unternehmertum die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, muß meist mit recht geringen Beiträgen beginnen, um die Massen zum Eintritt bzw. zum Ausbrennen zu bewegen. Auf der anderen Seite hat sie gerade Anfangs die größten Ausgaben durch Anschaffung des Materials etc.; dazu kommen kostspielige Prozesse, allerlei Verluste, die bei der Verbindung der Einzelkräfte fast unvermeidlich sind. In Deutschland sind fast alle Organisationen unter den größten Schwierigkeiten ins Leben getreten; zum Glück hat es da immer Männer gegeben, die oft bei schwerer Schädigung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage der Organisation ihre Kräfte entgegen haben, um sie vorwärts zu bringen ohne Rücksicht auf die unzulängliche Entschädigung, die sie selbst für ihre Mühewaltung erhalten konnten. Die deutsche Arbeiterbewegung ist reich an solchen Beispielen: oft genug hat der Opfermut und der Idealismus einzelner Weniger die Organisation aufrecht erhalten.

So sehr solche Verhältnisse Zeugnis ablegen für die Ehrgebe Einzelner als die von ihnen verkörperte Sache, so dürfen sie doch niemals als dauernde, normale betrachtet werden. Leider besahen diese Arbeiterorganisationen in Deutschland, auch wenn sie längst in bessere finanzielle Verhältnisse gekommen sind (vielleicht gerade durch die Tätigkeit ihrer Beamten), bei der Festlegung der Gehälter ihrer Beamten ein ganz falsches Prinzip. Sie normierten dieselben meist nach dem Durchschnittslöhnen, die in dem betreffenden Berufe erzielt werden. Dabei wird in manchen Fällen garnicht berücksichtigt, daß die zu führenden der Organisation Aufsteigenden in der Regel die intelligentesten und auch die in der Berufstätigkeit thätigsten sind. Nicht genügend gewürdigt wird ferner der Umstand, daß der Beamte der Organisation viel mehr Ausgaben für Kleidung und Wohnlohn hat, als seine ehemaligen Berufskollegen, das er gezwungen ist, seiner Fortbildung wegen (die aber wiederum im Interesse der Organisation liegt) sich Bücher und Retouren anzuschaffen. Noch mehr ins Gewicht fällt die Tatsache, daß der Gewerkschaftsbeamte durch die Pflichten, die er nach seinen Bureauaufgaben im Interesse seines Verbandes auf sich nehmen muß, zu allerhand Aufwendungen gezwungen ist, wie sie die Abwesenheit vom Hause bzw. der Verlust im Werkshaus mit sich bringt.

Die politischen und Verwaltungs-Organisierungen auf den Gehaltsgebühren und mit Recht — die Höhe der Gehälter und thätigkeit zu verhehlen, während diese selbe Arbeiterklasse ihre eigenen Beamten vielfach, theils gar wenig aus Mangel an Mitteln, theils aber auch aus falsch angewandtem Prinzip, in recht unwürdiger Weise entlohnt.

Man wird vielleicht einwenden, daß die mittlere Beamtenkategorie der Post, Polizei, Steuer, dem Magistrat ja bereits eine gewisse Vorbildung erfordere, welche mit Aufwendungen an Zeit und Geld verknüpft waren, und die dem Gewerkschaftsbeamten meist abgeht. Gut! Zugewendet! Wir sind ganz bereit, diesen Umstand in Rechnung zu ziehen. Auf der anderen Seite aber vergleicht man doch die Arbeitsleistung etwa eines besseren Bureaubeamten bei den obengenannten Behörden mit

der eines Beamten einer Arbeiterorganisation. Erstere haben in ihrer meist nicht über sieben Stunden (häufig nur sechs Stunden) währenden Bureauarbeit vielfach rein mechanische Registratorarbeit zu verrichten; in den Bureau unserer Verwaltungsbehörden herrscht eine solche weitgehende Arbeitsteilung, daß manche Beamte überhaupt nur mit einigen wenigen Formularen zu thun haben, deren sie sich bei ihren Vernehmungen, Berichten etc. bedienen.

Tage in die Beamten der Arbeiterklasse? Ihre Tätigkeit ist nicht bloß die vielfältige, sondern sie haben auch in der Regel keinen Feierabend. Früh und spät, Werktag und Feiertag müssen sie zur Verfügung sein, ihr Amt zwingt sie vielfach, jedes reguläre, geordnete Familienleben aufzugeben. Die bürokratischen Beamten erliegen in aller Ruhe ihr Pensum, vorwärtsmäßig, nicht mehr, nicht weniger; in ihre Bureauzeit zu Ende, sind sie frei; schließen sie die Thür ihrer Kanzlei, so lassen sie auch alles, was mit ihrer Amtstätigkeit zusammenhängt, sorglos hinter sich zurück. Der im Dienste der Arbeiterorganisationen stehende Beamte hat fast an jedem Abend irgend eine Sitzung, irgend eine Besorgung für den Verband. Und welches ungeheure Maß von Verantwortung hat der Führer einer Gewerkschaft, der Beamte der politischen Partei, oder auch die Redakteure der politischen Arbeiterpresse, welche letztere, namentlich in den kleineren Orten, vielfach alle Fäden der Bewegung in ihren Händen vereinigen, überall dabei sein müssen, unaufhörlich agitatorisch, organisatorisch thätig zu sein haben. Wie viel steht da häufig auf dem Spiele, z. B. bei Streiks. Welch hohes Maß von Umlauf und Thätigkeit gehört dazu, die Bewegung über alle Fäden hinweg zu einem günstigen Abschluß zu bringen, welche Energie und Kaltblütigkeit, sich von der Impulsthu handeln, ungenügend vorwärts drängen, das Maß nicht zu unbesonnenen Schritten drängen zu lassen.

Diese Tätigkeit, die fortgesetzte Aufregung, verbunden mit den Widerwärtigkeiten, kleinlichen Angriffen aus den eignen Reihen, mit denen jeder Arbeiterführer zu rechnen hat, alles dies ist geeignet, die robuste Natur in einigen Jahren gesundheitsmäßig vollständig herunterzubringen. Solche Fälle, wie sie in den eingangs angeführten Beispielen in die Erscheinung treten, sind denn leider auch nicht allzuklein.

Zimmerlich soll nicht verhehlt werden, daß sich auch hier langsam aber stetig eine Entwicklung zum Besseren bemerkbar macht. Namentlich trifft dies zu in Bezug auf die Beamtengehälter, welche die Gewerkschaftsorganisationen in wohlverstandenerm eignen Interesse in letzter Zeit vielfach erhöht haben. So konnten wir erst kürzlich im Bericht über das Münchner Arbeitersekretariat lesen, daß der Ausschuss das Gehalt der beiden Sekretäre aus eigener Initiative von 2000 auf 2400 Mk. erhöhte.

Weniger erfreulich liegen die Dinge noch auf dem Gebiet der Arbeitsleistung. Hier ist die Einsicht noch nicht genügend durchgedrungen, daß man den Beamten nicht über Gebühr ansühnen sollte, daß man ihm Zeit gewähren muß zur Erholung und Erneuerung seiner Kräfte, und schließlich auch zu seiner ferneren Fortbildung.

Veider nur erst bei wenigen Gewerkschaften und umfres Wissens auch noch nicht bei allen Parteigeitungen ist es üblich, den Beamten und Redakteuren alljährlich einen Urlaub zu gewähren. Und wie notwendig ist ein solcher. Leute, die jahrein jahraus in engen stäubigen Bureauräumen, über Büchern und Zeitungen besezt, zubringen müssen und die den weitaus größten Teil ihrer „freien“ Zeit in Sitzungen (meist im Werkshaus) verbringen, bedürfen unbedingt einige Wochen der Ausspannung. Um die Schäden der ständigen Beschäftigungsart und der geistigen Anstrengung, die durch unvermeidlichen Mangel aller Art noch vergrößert werden, entgegenzuwirken, müssen wir uns zu machen, ist eine zeitweise Einstellung jedweder Berufstätigkeit das einzige Mittel. Die Erfrischung und Erholung des Beamten liegt im wahren Interesse der betreffenden Institutionen. Diese Anschauung drückt sich denn auch immer mehr Bahn und es haben in den letzten Jahren bereits eine Reihe Gewerkschaften ihren Beamten einen (in den meisten Fällen allerdings einen zu kurzen 8 Tage) Urlaub gewährt. Wenn der kleine Verband der Saitenwirthegehilfen, seinen zwei Beamten der Hauptverwaltung schon jetzt einigen Jahren je 14 Tage und jetzt drei Wochen Ferien gewährt, so müßten das wohl die bestgestellten größeren ebenfalls können.

Freilich, wir wissen wohl: Jeder, der sich in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt, muß sich bewusst sein, daß er nicht ein ruhiges, beschickenes und geregeltes Beamtenleben führen kann, eine kämpfende, unaufhaltsam

vordrückt strebende Klasse braucht den ganzen Mann, die volle Kraft und Hingebung jedes Einzelnen. Aber im Interesse dieser Bewegung liegt es auch, daß ihre Führer und Beamten nicht über die Mägen angefüllt und vorzeitig kampfunfähig gemacht werden.

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin S., Urbanstraße 31.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 30, Wintereisdamm 25, Portal III.** Sprechst. von 9—1 Uhr. Verbandskassierer: **P. Poffardt, Berlin N. 58, Cressowstr. 18.** Alle Korrespondenzen, Anfragen etc. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer zu richten.

Vorsitzender des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin S.O., Laufferstraße 21.**

Bekanntmachung.

Der Verbands-Vorstand und der Ausschuss haben in einer gemeinsamen Sitzung am 19. d. Mts. einstimmig beschlossen, für das Verbandsbureau einen ständigen Hilfsarbeiter anzustellen. — Mit der Ausdehnung unserer Bewegung haben sich die Geschäfte des Verbands-Vorstandes und der „Gewerkschaft“ derartig vergrößert, daß eine Person nicht mehr dieselben erledigen kann. Arbeiten, die eigentlich schon seit Monaten erledigt sein müßten, liegen unerledigt da; durch die Entfaltung einer größeren Kaitation ist der Verbandssekretär von Berlin vielfach auf Wochen abwesend — im Juni war er allein 21 Tage von Berlin abwesend — so daß alles liegen bleiben muß. Unorganisierte städtische Arbeiter, die gern dem Verbands beitreten möchten und den Verbands-Vorstand um Unterstützung haben, konnten in ihren Wünschen nicht berücksichtigt werden, da keine Zeit dazu vorhanden war. Der Verbandssekretär hat in letzter Zeit oft in 4—5 Wochen keinen Sonntag oder sonstigen freien Tag gehabt und auch noch einen großen Teil der Abende in Versammlungen und Sitzungen zubringen müssen. — Um einen Stillstand des Verbandes zu vermeiden und weitere Fortschritte zu ermöglichen, hat der Verbands-Vorstand und Ausschuss den erwählten Beschluß gefaßt: — Die Stelle des Hilfsarbeiters soll ausgeschrieben werden. (Siehe Inseratenteil dieses Blattes.) Von welchem Zeitpunkt an der Hilfsarbeiter seine Thätigkeit beginnen soll, ist noch nicht näher bestimmt worden.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß Berliner Mitglieder vom Verbandsbureau die Anfertigung von Steuer-, Militärreklamationen, Erhebung von Erbschaftsachen etc. wünschten. Wir müssen betonen, daß ein für alle Mal solche Wünsche nicht berücksichtigt werden können, da das nicht Verbandsache ist. Auf dem Bureau der Gewerkschafts-Kommission, Engel-Platz 15, wird unseren Mitgliedern in solchen Sachen unentgeltliche Auskunft erteilt.

J. A. Dr. Voersch.

Nachfolgende Gelder sind bei dem Unterzeichneten eingelaufen:
Berlin I 67,35 Mk., Mannheim II 31,12 Mk., Weiden 22,78 Mk., Leipzig I 108,58 Mk., Magdeburg II 18,75 Mk., Friedrichshagen 57,10 Mk., Charlottenburg 119,05 Mk., Stuttgart 41,92 Mk., Mannheim I 70,65 Mk., Mainz 50,68 Mk., Berlin VI 215,52 Mk., Magdeburg III 86,93 Mk.

Zur Verichtigung: In Nr. 15 vom 15. Juli muß es heißen statt Berlin XI, Berlin IV 48,08 Mk.

Der Hauptkassierer.
P. Poffardt.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 15. d. Mts. tagte bei Buske, Grenadierstr. 33, eine Mitglieder-Versammlung mit Familienangehörigen der Filiale 9 (Revier-Inspektion) des Verbandes der in Gemeinde-Betrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Die Tagesordnung lautete:

1. Punkt. Vortrag des Herrn Nachtigall über die Bedeutung der Arbeiterklasse gegen das Unternehmertum.
2. Punkt. Diskussion.
3. Punkt. Vereinsangelegenheiten.

Bevor der Referent das Wort erhielt, gedachte der Vorsitzende in längerer Ansprache des verstorbenen Kollegen Zahl von der 14. Revier-Inspektion und hat die Versammelten, zu Ehren des Verstorbenen sich von ihren Plätzen zu erheben.

Hierauf hielt Herr Nachtigall einen sehr lehrreichen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum 2. Punkt, Diskussion, beteiligten sich verschiedene Kollegen, unter anderem nahm der Vorsitzende das Wort betreff unserer Petition vom 9. Dezember 1899 mit der Motivierung, daß wir mit dem, was wir erlangen haben, noch nicht zufrieden sind und soll die gewählte Kommission jetzt weitere Schritte unternehmen. Die beiden Antwortschreiben, welche von Herrn Bürgermeister Kirchner und Herrn Stadtrat Stantelau unter bewußtem Datum eingegangen waren, wurden nochmal verlesen. (Siehe die Gewerkschaft Nr. 15 vom 15. Juli 1900.) Nunmehr bekam der Referent Herr Nachtigall das Schlusswort zu seinem Vortrag, worin derselbe ebenfalls zur Gebaltsfrage Stellung nahm und die Kollegen anforderte, nur Arbeiterblätter und nicht solche Zeitungen, wie z. B. Berliner Lokalanzeiger, Berliner Morgenpost etc. zu lesen. Ferner machte der Vorsitzende auf den Beschluß aufmerksam, welcher vor einem halben Jahr gefaßt worden ist, betreffs der Kopierer für die hinterbliebene Witwe eines verstorbenen Mitgliedes und hat die Vertrauensmänner dieselbe einzusetzen.

Zum 3. Punkt, Vereinsangelegenheiten, wurde ein Antrag des Kollegen Sempf verlesen und beschlossen, unser erstes Stiftungsfest im November d. Js. stattfinden zu lassen; da nun mehrere Kollegen vom Vergnügungsausschusse das Amt niedergelegt hatten, stellte der Vorsitzende den Antrag, ein neues zu wählen. Nach längerer Debatte wurden die Kollegen Rose, Ulrich, Wittmann, Schaber und Ebel gewählt. Da die Zeit weit vorgeschritten war, stellte Kollege Weislich den Antrag, Uebergang zum gemüthlichen Theil, derselbe wurde angenommen und schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Arbeiterbewegung. Das Vergnügen, welches ebenfugot wie die Versammlung vertiefte, dauerte bis zur zweiten Stunde und amüßten sich die Kollegen mit ihren Familienangehörigen trotz der großen Hitze am Tage in recht angenehmer Weise.

Dresden. Am 15. Juni fand die Generalversammlung der hiesigen Filiale mit der Tagesordnung Geschäfts- und Kassenbericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben statt. Der Geschäftsbericht besagt, daß vom 1. Juli 1899 bis zum 30. Juni 1900 16 Versammlungen und 12 Sitzungen stattgefunden haben. Gesuche an die Behörden sind 5 eingereicht worden. Kassenrevisionen und Abrechnungen haben 4 stattgefunden. Mitglieder sind in Dresden 273.

Die Versammlungen waren im Durchschnitt mittelmäßig besucht. Eine konnte nicht abgehalten werden wegen zu spätem Erscheinen der Mitglieder. Die eingereichten Petitionen haben nur theilweise Berücksichtigung gefunden. Ein Gesuch um die Einführung der 10 stündigen Arbeitszeit beim Tiefbauamt wurde dahingehend beantwortet, daß auf den Arbeitsplätzen, wo es der öffentliche Verkehr erlaubt, nur 10 Stunden gearbeitet werden soll, jedoch wurde es auch hier den Arbeitern freigestellt, 11 Stunden zu arbeiten, wenn sie es wollen. Trotzdem ist aber ein Anfang betreffs der Verkürzung der Arbeitszeit immer gemacht worden. Wenn die Arbeiter einiger wären, könnten wir freilich weiter sein. Hoffen wir, daß vom nächsten Jahre an in Dresden nur 10 Stunden pro Tag gearbeitet wird. Das Gesuch um wöchentliche Lohnzahlung beim Tiefbauamt ist noch nicht beantwortet. Ein Gesuch um eine Stunde Mittagspause wurde dahin beschieden, daß die Mehrtheit der Arbeiter bei einer Solenne maßgebend sein soll. Auf wiederholte Petitionen und Vorstellungen wurden der Stundenlohn um 1 und 2 Pfg. erhöht. Es ist also immerhin ein Fortschritt zu verzeichnen. Leider haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechtert, so daß dieser Fortschritt doppelt und dreifach auszuweichen wird. Gleich so gut ist aber auch anzunehmen, daß ohne unserer Bewegung, das wenige noch nicht einmal erreicht worden wäre. Ueber die Zahl der Mitglieder ist berichtet worden, daß diese zurücknehmend ist, jedoch in Anbetracht der bei der Stadt beschäftigten Arbeiter im niedrigen Verhältniß steht. Die Mitglieder müssen noch viel mehr für die Ausbreitung des Verbandes thun, es giebt noch verschiedene Inspektionen, wo nur einzelne Mitglieder vorhanden sind. Diese bemühen sich durchaus nicht, neue Mitglieder anzumerben, oder sagen: „Ja, bei uns ist nichts zu machen“. Das kann nicht maßgebend sein, wollen wir vordrücken, so müssen wir alle daran arbeiten.

Der Kassenbericht ergibt eine Einnahme von 1464,30 Mk. für Beiträge, 165,50 Mk. Eintrittsgeld und 75,80 Mk. Delegatengelder.

Dem gegenüber steht eine Ausgabe für Agitation von 53,98 Mk., für Beifallgeld und Porto von 30,85 Mk., für Streckunterstützung von 80 Mk., für Annoncen und Druckfachen von 193,77 Mk., für Zeitungsverkauf und Verwaltung von 31,05 Mk., für Kranzspenden von 28,92 Mk., für Unterstützung von 20,70 Mk., an den Verband 971,44 Mk. Summa der Ausgaben 1559,71 Mk., somit ein Bestand von 343,89 Mk., außerdem sind vereinnahmt 73,90 Mk. Extrabeitrag, 22,60 Mk. Ueberbisch vom Familienabend und 536,86 Mk. waren Bestand vom Verein der städtischen Arbeiter, als der Beitrag zum Verband erfolgt. Es ist folglich ein Kassenbestand von 976,75 Mk. vorhanden. Es muß hier konstatirt werden, daß die Kassenverhältnisse als pünktig zu bezeichnen sind, trotzdem ein Theil der Mitglieder mit ihren Beiträgen bedeutend im Rückstande ist. Besonders die Delegatengelder sind sehr mangelhaft eruchtet worden und muß den Zahlstelleneinhabern zur Pflicht gemacht werden, alle Mitglieder zu kontrolliren, ob die Marken ordentlich entnommen werden. Nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Kassenverhältnisse bestätigt, erklärt sich die Versammlung mit den Berichten des Vertrauensmannes einverstanden. Die Neuwahl des Vertrauensmannes wurde durch Stimmzettel vorgenommen. Vorge schlagen waren Völschen und Karl Alte, gewählt wurde Völschen als Vertrauensmann und Karl Alte als Stellvertreter. Als Revisoren wurden Karl Stränge und Reinhold Preißler wiedergewählt, als Stellvertreter Rahm und Högberg. Die Gewählten nehmen die Aemter an.

Der Vertrauensmann ersucht nunmehr die anwesenden Mitglieder, auch ferner der Sache der Arbeiter treu zu bleiben und dafür zu sorgen, daß im nächsten Jahre noch ein besseres Geschäft zu verzeichnen ist. Dann wurde bekannt gegeben, daß vom 1. Juli an die Mitglieder, welche 52 Wochen dem Verbands angehören und ihre Beiträge entrichtet haben in Krankheitsfällen eine freiwillige Unterstützung von 3 Mark wöchentlich gewährt wird bis zu einer Dauer von 10 Wochen im Jahr. Erkrankte Mitglieder haben dieses dem Vertrauensmann J. Völschen, Säulengasse 24, Hof II, anzugeben.

Ferner wurde beantragt, der Witwe des früheren Mitgliedes Emil Eißner 20 Mark zu bewilligen; der Antrag wurde einstimmig angenommen. Viegner war über ein Jahr arbeitsunfähig. Durch einen Unfall vor zehn Jahren verurteilt, jedoch wurde von der Unfallversicherung behauptet, seine Krankheit ist nicht die Folge jenes Unfalles und erhebt er die Invalidenrente nicht gewährt. Viegner hat sich so zu Herzen genommen, daß er den Tod in der Eile suchte, er wurde erst am

17. aufgefunden und am 19. beerdigt. Wir rufen ihm ein Ruhe sanft! nach.

Dresden. Am 8. Juli fand im Saale des Volksbildungsvereins die erste Versammlung der Arbeiter des städtischen Wasserwerkes statt. Genosse Fritz sprach über: „Wie können die Wasserwerksarbeiter ihre Lebenslage verbessern?“ Zu nemem 1. ständigen Vortrag legte der Referent den Anwesenden dar, daß nur durch gemeinschaftliches Vorgehen der Arbeiter etwas zu erreichen ist, deswegen sei es notwendig, daß sich die Arbeiter dem Verband der in Gemeinde-Betrieben beschäftigten Arbeiter anschließen. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Unter Gewerkschaftlichem wurden verschiedene Mißstände kritisiert. So waren bis jetzt im ganzen Betriebe keine Baubude, kein Verbandszeug, keine Aborts für Arbeiter, die im Freien arbeiten. Die Arbeiter müßten bei jedem Wetter im Freien kampiren. Bei Unglücksfällen müßte erst die nächste Gasrohre-Kolonne aufgesucht werden, um Verbandszeug zu holen. Während dieser Zeit kann der Verunglückte verbluten, Arbeitervertreter waren auch keine vorhanden etc. Einige Anwesenden traten am Schluß derselben dem Verbands bei. Bemerkenswerth! In der Stadtverordneten-Sitzung am 19. Juli wurden fürs Wasserwerk 2 Mannschafswagen und 2 transportable Aborts gefordert und auch bewilligt, desgleichen sind an die Kolonnen Verbandskästen ausgegeben worden und am 20. Juli wurden nach vorherigem Anschlag auch Arbeiter-Vertreter gewählt.

Nur die Kritik in der Versammlung hat es bewirkt, daß diese Mißstände beseitigt wurden. Hoffentlich sehen die Arbeiter des Wasserwerkes ein, daß der Einzelne nichts erreichen kann, sondern nur, wenn sie sich alle vereinigen. Darum auf in den Verband.

Leipzig. Eine am 21. Juni tagende Versammlung der Gemeindefreier Leipzigs ließ sich einen Vortrag des Genossen A. Völsch halten, über: Der Augen der menschlichen Arbeitskraft. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. Die Versammlung wählte hierauf die Kollegen Schlimper und Stiehl als Kassenrevisoren und die Kollegen Schilde und Kleiner zur Abrechnung für das Sommerfest. Hierauf wurde von mehreren Kollegen der schnelle Besuch der Versammlungen kritisiert, worauf die Versammlung ihr Ende erreichte.

Magdeburg. Sonnabend, den 7. Juli hielt Filiale III ihre Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassenbericht mußte zurückgestellt werden, da ein Hilfskassierer mit seiner Abrechnung im Rückstande war. Im Punkt 3 wurden einem krank gewordenen Kollegen 5 Mark bewilligt. Da Kollege Hübn sich bereit erklärte, das Amt als Kassierer weiterzuführen, so wurde von einer Wahl Abstand genommen. Im Punkt 4 „Stellung zum Arbeitsnachweis“ enthielt sich eine lebhafte Debatte, die darin ihr Ende erreichte, daß ein Beschluß angenommen wurde, pro Jahr und Mitglied 20 Pfg. für die Unterstützung des Arbeitsnachweises und des Ausfunstbureaus abzuführen. Ferner wurde beschlossen 5 Pfg. pro Mitglied $\frac{1}{4}$ jährlich den Hilfskassierern zu gewähren. Nachdem noch einzelne Redner auf den Aufbau unserer Organisation hingewiesen, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr.

Mannheim I. (Situation s Bericht.) In der am 14. Mai 1900, Abends 1,27 Uhr, im Lokal „Belagant“ (B. Högberg) abgehaltenen Versammlung wurde, nachdem über den Stand der am 9. Februar 1900 an den Stadtrat eingereichten Forderungen von Seiten des Vorsitzenden hierüber Bericht erstattet war, mit großer Majorität beschlossen, am 15. Mai Morgens 6 Uhr in den Ausstand zu treten, und zwar ohne Kündigung.

Die Gründe hierzu waren, wie aus der lebhaften Diskussion zu ersehen war, folgende: „Trotzdem unsere Forderungen schon am 9. Februar 1900 an den Stadtrat und unserer Direktion durch den Arbeitersausschuß überreicht wurden, konnte sich der Stadtrat bis heutigen Datums noch nicht dazu entschließen, die Arbeiter von dem Stand unserer Forderungen zu benachrichtigen, und erst nachdem der Arbeitersausschuß mehrmals vergeblich hierüber vorstellig geworden, gelang es einer Arbeiterdeputation, aus fünf Feuerleuten bestehend, von Seiten des Herrn Bürgermeisters Ritter folgendes zu erstatten:

1. Daß die Dienstzeit sämtlicher städt. Arbeiter, statt wie die neue, und anforderungen Arbeitsordnung, deren Annahme sämtliche Arbeiter des Wasserwerkes verweigerten, besagt, — vom 1. April 1900 zähle die Dienstzeit nur zur Hälfte — um plötzlichen größeren Vorkünften wie Anfertigungen für längere Dienstzeiten aus dem Wege zu geben, von nun ab für voll berechnet wird.
2. Daß der Stadtrat zwar der Forderung der 8 stündigen Arbeitszeit für Feuerleute sehr sympathisch gegenüberstehe, jedoch sich nicht dazu entschließen konnte, hierüber einträgliche Beschlußfassung herbeizuführen, da von Seiten der Gewerkschaften Vorschläge, wie diese Forderung abzumildern wäre, noch nicht eingelaufen seien. Ein definitiver Beschluß müsse daher abgewartet werden.
- (Bürgermeister Ritter erklärte selbst, dieser Forderung, nachdem ihm die Kommission die Gründe hierüber geäußert, sehr sympathisch gegenüber zu stehen und für vollkommen gerechtfertigt.)
3. Sei eine Gehaltszulage zwar in Aussicht genommen, leider seien auch die Beratungen darüber noch nicht so weit gediehen, um ein endgültiges Resultat versprechen zu können.

Die Kommission hatte den Auftrag, am 10. April 1900 bei der Direktion vorstellig zu werden und derselben die unbedeutenden Verhältnisse betreffs der Arbeitszeit und des Lohnes mitzutheilen. Gleichzeitig wurde die Direktion gebeten, baldmöglichst einen bestimmten Beschluß über die Angelegenheit zu geben.

Die gewählte Kommission erledigte sich ihres Auftrages am Morgen des genannten Tages und erzielte von Seiten der Betriebsleitung trotz Vorhaltens der Kommission, daß wir uns bereits vor dem Stadtrat befinden

und die Arbeit schon eventuell am Abend niedergelegt würde, abschlägigen Bescheid mit der Motivierung, die Kommission möge alle Forderungen dem Bürgermeister unterbreiten.

Daraufhin begab sich dieselbe sofort nach dem Bürgermeisteramt, konnte jedoch dort nicht gleich vorgefunden werden, da bereits Herr Direktor Beuer der Kommission zugeordnet war und derselbe gerade unsere Sache dem Bürgermeister unterbreitete. Nach längerem Warten wurde die Kommission vorgelassen und wider Erwarten dort sehr freundlich behandelt. Nachdem dem Herrn Bürgermeister ebenfalls der Wahrheit gemäß die Unhaltbarkeit der jetzigen Verhältnisse auf dem Gaswerk flagrant dargestellt worden und ihm von der Kommission die Mittheilung gemacht wurde, daß die Gasarbeiter bereits vor dem Streik ständen, gab derselbe über die Dienstanzrechnung die oben vermerkten Zugeständnisse. Leider stellte sich über diesen Punkt Herr Direktor Beuer den Arbeitern gegenüber in Unwissenheit. Die Arbeiterdeputation verließ Herrn Bürgermeister Altmeyer erst abends, nachdem sämtliche Wünsche, Forderungen und Beschwerden in anständiger Art und Weise dem Bürgermeister vorgelesen waren und von der Deputation als längste Frist von 14 Tagen Wartzeit aufgemacht wurde, um dem Stadtrat Zeit zu lassen, über unsere Forderungen schlußfertig zu werden. Sollte während dieser Zeit kein bestimmtes Resultat über die Forderungen erzielt sein, oder aber ein abschlägiger Bescheid ertheilt werden, so sehen sich die Gasarbeiter veranlaßt, in den Streik einzutreten.

(Gelegentlich Abkommen der Deputation ist einer Räumung gleich zu erwarten.)

Mannheim I. Am 11. April 1900 hat die im Lokal „Fohlgag“ abgehaltene Versammlung, welche äußerst zahlreich besucht war, beschlossen, auf weitere Verhandlungen der Direktion betreff der gestellten Forderungen nicht mehr zu warten. Besonders da auch vom Stadtrat bisher kein bestimmter Beschluß in unserer Sache zu verzeichnen ist, trotzdem die gewährte Frist von 14 Tagen verstrichen ist.

Die in der Versammlung anwesenden sozialdemokratischen Fraktionsgenossen Barber, Fohlgag, Schneider sowie der Genosse Trautwein, welche unser Vorgehen als Gesamtwahl bezeichneten, rathen unter Hinweis auf den gesagten Entschluß ab und sind der Meinung, die Versammlung möge eine weitere Wartzeit schenken.

Daraufhin wurde mit großer Majorität beschlossen, dem Genossen Barber als Mitglied des Verwaltungsrathes und der Gesamtkommission folgenden Vorschlag betr. Einführung der 8 Stunden Arbeitszeit zu machen:

1. Statt der bisherigen 10 Stunden Arbeitszeit, 8 Mann 2 Losen, 54 Retorten, wofür pro Tag 4.10 M. bezahlt wurde und nach einjähriger Dienstzeit bis zum Höchstlohn von 4.50 M. pro Tag steig, möge folgende Bedienung bei den Oefen eingeführt werden:

4 Mann 3 Losen 54 Retorten täglich, jedoch da abends die Wäulen durch Uebernahme dieser Bedienung zu kurz seien, um den Kohlenbedarf herbeizuschaffen, sollten diese von Seiten der Betriebsleitung durch besondere Arbeiter an Ort und Stelle, also im Feuerhause hinterlassen werden.

Abdahn wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, dem Stadtrat durch den Arbeiterausschuß zur weiteren Beschlußfassung eine nochmalige und letzte Frist zu gewähren.

Ein Antrag Barber, welcher eine Statistik über diejenigen Betriebe wünschte, in denen die stündliche Arbeitszeit eingeführt sei, wurde zurückgewiesen mit der Begründung, die Statistik unseres Betriebes sei genügend, um unsere Forderung des Achtstunden-Tages genaugenau zu rechtfertigen.

Ferner wurde auf Antrag des Genossen Schneider, um eine Bescheinigung unserer Forderungen herbeizuführen, beschlossen, sämtlichen Fraktionsgenossen der Arbeiterpartei unsere heute gefaßten Beschlüsse als diesen Vorschlag zum stündlichen Arbeitszeit, sowie die Anweisung einer weiteren Frist von 8 Tagen schriftlich zuzustellen.

In der Versammlung vom 14. Mai wurde nun konstatiert, daß am Tage vor dem Streik die letzte Frist von 8 Tagen längstens verstrichen sei und auch in der Zeit kein Resultat erzielt worden ist. Gleichzeitig hat sich die Direktion in der Zwischenzeit erlaubt, trotz der Zusage für Abstellung der namhaft gemachten Mängel dieselben noch zu verneinen. Es sei hier J. H. das Zurückhalten des von Seiten des Stadtrathes bewilligten Lohnzuschlages vom 1. April 1899 angeführt (Nachzahlung des Minimallohnes von 3.90 für neue Feuerleute). Letztere mußten auf Verfügung der Direktion eine Probezeit von 9 Wochen zu einem Lohne von 3.30 M. pro Tag absolvieren, gegen den Stadtrat-Beschluß vom 1. April 1899, welcher 3.90 M. bewilligt hat, und wie auch das Lohnregulativ besagt.

Da auch dem Arbeiterausschuße in der Zwischenzeit keine weiteren Nachrichten zugingen über unsere Forderungen, so wurde mit großer Majorität gegen 5 Stimmen beschlossen, am 15. Mai 1900 die Arbeit niederzulegen, da man des launigen Wartens nun endlich müde sei und wir nicht mehr gewillt seien, unsere Forderungen auf die lange Bank schieben zu lassen.

Mannheim. Auf Grund der Versammlungsbeschlüsse erschienen am 15. Mai, Morgens 6 Uhr, 73 Feuerleute, bestehend aus Hoffschick, Tauchsicht und Nachsicht im Gasbetriebe und gaben denselben die Erklärung, von Direktor Beuer gegenüber ab, daß die Arbeit nicht wieder aufgenommen werde, bis dieselben Anwesenden eine bindende Zusage, sei es von Seiten des Stadtrathes oder der Direktion über die am 1. Februar 1900 eingeleiteten Forderungen erhalten hätten.

Herr Direktor Beuer erklärte hierauf Folgendes: Evidente Arbeiter verließen die Arbeit nicht, ohne vorher zu kündigen. Er verlange Wiederannahme der Arbeit. Eine bindende Zusage könne er den Arbeitern aber die eingeleiteten Forderungen nicht geben, da er hierzu nicht kompetent sei.

Diejenigen Arbeiter, welche sich weigern sollten, die Arbeit wieder aufzunehmen, könnten sich als entlassen betrachten.

Herr Direktor Beuer gab ab dann die weitere Erklärungen hinsichtlich des Vorkommnisses keine Maßnahme wieder aufgenommen wurde.

Die Arbeiter beharrten jedoch auf ihrem Verlangen und verließen in ihrer großen Mehrheit das Werk. Nur 18 Kollegen, unter denen sich beauerthierweise auch der frühere Vorsitzende befand, fungirten als „Arbeitswillige“.

Mit diesen Leuten wurde am Tage der Betrieb aufrecht erhalten.

Nachdem die Streikenden die Fabrik geschlossen verlassen hatten, wurden Streikposten aufgestellt, dieselben erhielten genaue Instruktionen und Anweisungen.

Ein Ingenieur Schwarz versuchte truppweise Arbeiter vom Rohrsystem in das Werk zu schaffen. Dieselben führten jedoch größtentheils wieder um, nachdem sie erfahren hatten, warum wir die Arbeit niedergelegt haben. Die indifferenten Arbeiter, welche das Arbeitsnachweisedureau schickte, wurden sämtlich von unseren Streikposten zurückgeschickt und in das Streiklokal, welches bei Genosse J. Ulmer war, verwiesen, wollest Arbeitstöße und bedürftige Arbeiter unterstützt werden.

Um 1/2 10 Uhr fand ab dann eine Versammlung ebendasselbst statt mit folgender Tagesordnung:

- 1. Wie sieht unser Streik?
- 2. Bericht des Ausschusses.
- 3. Wie stellen wir uns zu dem vom Ausschusse getragenen Bescheid?

Den Vorsitz führte Kollege Althelm, als Schriftführer figurirte Kollege V. Schäfer.

Der Vorsitzende überleitete hierauf der Versammlung Folgendes über den Stand unseres Streiktes mit:

Es sei eine Deputation, bestehend aus zwei Mitgliedern des Arbeiterausschusses, zu denen man noch weitere drei energische Kollegen gewählt habe, zu dem Bürgermeister geschickt, um dort über unsere gestellten Forderungen in Unterhandlung zu treten und nochmals unsere Anträge vorzubringen. Diese Kommission habe folgende Punkte dem Bürgermeister zu unterbreiten:

- 1. Mittheilung unseres Aufstandes.
- 2. Unterhandlung unserer Forderungen, auch event. Unterhandlungen einzuleiten, wobei hauptsächlich die Forderung der stündlichen Arbeitszeit für Feuerleute betont wurde.

Ferner Festhaltung sämtlicher Vergünstigungen, Verbilligung des Preises für Roalz, welchen die im Betrieb beschäftigten Arbeiter entnehmen, Freigabe des neuen Bades, schnellere Auszahlung der Unterzugsgehälter bei militärischen Leubungen, Unfällen und Krankheitsfällen.

Ferner habe die Kommission den Auftrag, dem Herrn Bürgermeister die Mittheilung zu machen, daß die streikenden Arbeiter die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen werden, bis die gezielten Forderungen anerkannt und bewilligt sind, und der Kommission eine bindende Zusage von Seiten des Stadtrathes, welcher gerade Sitzung habe, gemacht werde.

Der Vorsitzende führte ferner an, daß trotz der Versuche, Arbeitskräfte in großer Anzahl in das Werk zu bringen, der Stand unseres Streiktes sehr günstig sei, was jedoch nur der Wachsamkeit unserer Streikposten zu verdanken sei, und bittet der Vorsitzende um Standhaftigkeit und ruhiges Verhalten aller Kollegen während des Streiktes.

Kollege Schäfer ermahnte ebenfalls die Kollegen, standhaft zu sein, treu zu uns zu stehen und auszuharren. Redner bedauerte sodann, daß unsere eigenen politischen Fraktionsgenossen für unseren Ausstand ein so geringes Interesse zeigten. Er müsse den Ausstand Gewaltthat entscheiden zurückweisen, welchen sich die Vertreter der Arbeiterpartei im Stadtparlament erlaubt haben, da man dem Stadtrat schon vor mehreren Wochen mitgetheilt habe, daß die Arbeitsverhältnisse des Gaswerkes auf längere Dauer nicht mehr durchzuführen seien, und sei auch damals bemehben durch eine stündige Deputation mitgetheilt worden, daß wir schon zu der Zeit vor dem beschlossenen Streik standen. Leider habe sich aber der Stadtrat nicht dazu herbeigelassen, sich über unsere Forderungen auszulassen, geschweige denn einen Beschluß zu fassen. Es sei dies nicht unsere Schuld. Unsere Forderungen seien ihm rechtzeitig zugestellt worden, und habe der Stadtrat genügend Zeit gehabt, sich über die Angelegenheit genug zu informieren. Hierauf stante die zu dem Bürgermeister abgeordnete Deputation, welche inzwischen im Lokal eingetroffen war, sogelicht folgenden Bericht ab.

Die Deputation habe dem Bürgermeister sämtliche Forderungen nochmals unterbreitet. Auch sei demselben unser Ausstand mitgetheilt worden. Nach Anhörung aller Wünsche habe derselbe folgendes erklärt: Er könne den Arbeitern die bestimmte Zusicherung geben, daß die Forderung über die achtstündliche Arbeitszeit bis Abends 6 Uhr genehmigt werde. Was jedoch die übrigen Forderungen betreffe, sei seine Person allein nicht dafür maßgebend.

Auf Antrag zweier Kollegen wurde sodann einstimmig beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis wir eine bindende Zusage von Seiten des Stadtrathes hätten.

Schluß der Versammlung 1/2 12 Uhr.

Die ausgeschickten Streikposten wurden zweifelhäufig abgeholt.

Abends 10 Uhr wurden vor 6 Uhr wurde einer Arbeiterdeputation, welche Anruf hatte, der Bürger-Ausschuss-Sitzung bezuzugewinnen, in der Sitzung mitgetheilt, daß der Achtstundenstag zu dem bisherigen 2 gelohnen von 4,10 M. genehmigt sei, und eine Anhebung der Löhne für sämtliche städtische Arbeiter in aller Rüge erfolgen werde.

Nachdem die streikenden Kollegen hiervon Mittheilung erhalten hatten, wurde beschlossen, die Arbeit sofort aufzunehmen und gestopften, Tag- wie Nachtour, nach dem Wert zu markieren.

halten hatten, wurde beschlossen, die Arbeit sofort aufzunehmen und gestopften, Tag- wie Nachtour, nach dem Wert zu markieren.

In der Vorstandssitzung am 28. Mai 1900 wurde beschlossen, die Kollegen der Tagtour für den entgangenen Tageslohn am Tage des Streikts zu entschädigen, und zwar die Verarbeiteten mit 4 M., die ledigen Kollegen mit 2 M. Auch soll der Hauptvorstand ersucht werden, einen Theil der Streikausgaben zu tragen.

Mannheim. Am 28. Mai 1900, Abends 1/2 9 Uhr, tagte im Lokal „Ulmer“ eine Versammlung der Filiale I. Tagesordnung war: 1. Geschäftliches. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Gehalt des Schriftführers. 4. Vortrag des Kollegen Althelm über das Thema: „Nachhalt auf unsere Organisation.“ 5. Verschiedenes.

Die Versammlung wurde Punkt 1/2 11 Uhr eröffnet. Auf Antrag mehrerer Kollegen mußten drei Punkte von der Tagesordnung abgesetzt werden. Hierauf wurde ein Brief des Hauptvorstandes Berlin vorgelesen. Inhaltlich dessen stellt der Hauptvorstand den Antrag, eine Kommission in der Angelegenheit Sotta kontra Althelm zu wählen. Hierüber entspann sich eine äußerst lebhaft diskutierte. Kollege Jäger beantragte, zu dieser Kommission nur jüngere Kollegen zu wählen.

Kollege V. Schäfer stellte den Antrag, zu dieser Kommission nur ältere unparteiische Kollegen zu wählen, oder aber die bereits gewählte Kommission bestehen zu lassen, weil in dieser überaus heiklen Angelegenheit Ausschlässe verlangt werden könnten, welche nur ältere Mitglieder geben könnten, dagegen jüngere Kollegen sich auf Auslagen anderer verlassen müßten. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages Schäfer.

Zur Kommission in der demüthigten Angelegenheit wurden hierauf die Kollegen Franz Walter, Leonh. Schäfer und Georg Vogel einstimmig gewählt.

Die Protokolle vom 5., 15. und 18. Mai wurden vorgelesen, die beiden letzten für richtig befunden. Gegen das Protokoll vom 5. Mai 1900 machten die Kollegen Jäger und Wiedemair deshalben Einwendungen, weil der gegenwärtige Schriftführer das Protokoll nicht genau so eingetragen habe, wie es von dem damaligen provisorischen Schriftführer Jäger verfaßt worden ist. Nach erfolgter Auffklärung des Schriftführers und Begründung, weshalb eine Umarbeitung des Protokolls nöthig war, bekräftigte die Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen, daß an der Fassung des Protokolls keine Änderung vorgenommen werden soll.

Abdahn wurde das Verhalten des Schriftführers betreffs der Amtsniederlegung von Seiten des ersten Vorsitzenden in sehr scharfer Weise gerügt und Aufforderung verlangt.

Kollege Schäfer erklärte hierauf, er habe seit Gründung des Verbandes sein bestes Können dem Verbande jederzeit zur Verfügung gestellt, und habe daher auch schon viele Gedächtnisse von Seiten seiner Vorgesetzten getragen. Jedoch habe er nicht aus diesem Grunde sein Amt niedergelegt, sondern die Verantwortung hierzu hätten die eigenen Kollegen gegeben, welche ihm in grabezu böshafter Weise auf alle Arten größere Schäden bereitet hätten. In Folge von Familienverhältnissen sei er auch nicht mehr in der Lage, sein Amt weiterzuführen zu können. Mehr Gehalt habe er nicht beanprucht, sondern nur mehr Kollegialität.

Es wurden hierauf folgende Kollegen zum Schriftführer vorgeschlagen: Walter, Rau, Wiedemair, Lepp, Volk, Ernst Carl, Burthardt und V. Schäfer. Da sich sämtliche vorgeschlagenen Kollegen weigerten, das Amt anzunehmen, wurde beschlossen, die Wahl eines Schriftführers als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen.

Der erste Vorsitzende, Kollege Althelm, sprach hierauf sein Verlangen darüber aus, daß man dem Schriftführer ein Gehalt von 5 M. vierteljährlich ausbezahlt habe; in allen anderen Gewerkschaften seien solche Aemter Ehrenämter. Da Kollege Schäfer sein Amt niedergelegt habe, sei man genöthigt, einen Schriftführer zu wählen. Hätten die zukünftigen Schriftführer könne man kein Gehalt ausbezahlen, da der Betrag von 5 M. für das Schreiben der Protokolle allein zu hoch gezeichnet sei.

Das bisherige Gehalt des Schriftführers Schäfer sei jedoch zu klein gewesen, da derselbe nicht nur die Protokolle und Berichte, sondern auch sämtliche Petitionen ohne Beihilfe bewältigt habe. Er beantrage, falls Schäfer sein Amt nochmals annehmen würde, demselben ein vierteljährliches Gehalt von 9 M. ohne besondere Vergütung der Zentralkommission zu bewilligen.

Dem Kartelldelegierten Johann Schäfer wurde eine Klage ertheilt, weil derselbe trotz des besonderen Auftrages des Vorsitzenden von der Delegirtenkongress des Kartells fern geblieben war. Der erste Vorsitzende erstattete alsdann folgendes zum Kartellbericht: Der Größ der Mannkraft sei für den Neubau (Kaubau) eines Gewerkschaftshauses bestimmt. Nach einem kurzen Nachbild auf das Gewerkschaftsleben kam derselbe auf die noch vorhandenen Mängel im Werk zu sprechen.

Das Nichtsein der Kohlen sei in Folge abgederter Bedienung der Oefen manchmal unmöglich, da eine Charge bei unausgesetzten Retorten 45 Minuten Zeit beanspruche, und die noch vorhandene Laufzeit weicher man zur Erholung bedürfte, nicht einmal ausreichte, um das Quantum der Kohlen für die nächste Ladung zu beschaffen. Abhilfe müßte hier geschaffen werden. Die Prosente für Feuerzeuge, welche auf die Wochentage fallen, seien gestrichen. Als weiterer Mangel sei zu verzeichnen, daß Feuerleuten, welche durch Erdenarbeiten von Oefen zu Polarketten verwendet werden, Postlohn ausbezahlt werde.

Zeit Genehmigung der 8 stündigen Arbeitszeit seien die Kollegen reaktionärer geworden und das Schwarzgerethum im Werke habe leider zugenommen. Die heutige Versammlung habe sich selbst ein Zeugnis ausgestellt, welches der Jubeltage I unwürdig wäre, die bisher so große Erfolge zu bezeichnen hatte.

Zur Regelung der Missstände wurde beschlossen, eine fünfjährige Deputation zu wählen, welche bei dem Oberbürgermeister in kürzester Zeit vorzulegen worden solle. Hierin wurden die Kollegen Schwinger, Rubin, Walter, Albelm und Schäfer einstimmig gewählt.

Ein dem Arbeiter-Ausschuss gemachter Vorwurf, derselbe habe seine Schlichtigkeit nicht genügend gethan, wurde vom Kollegen V. Schäfer zurückgewiesen. Die Hauptschuld treffe die Kollegen selbst. Bei einer Wahl, welche so weittragende Folgen hätte, wie die Wahl des Arbeiter-Ausschusses, müßten sich doch in Zukunft die Kollegen die zu Wählenden genauer ansehen, oder dieselben auch geistig dazu fähig sein, ein derartiges Amt bekleiden zu können. Der bisherige Ausschuss habe eben gehandelt, wie er es verstanden habe.

Auf Antrag des Kollegen Puthardt und Albelm beschloß die Versammlung einstimmig, den Kollegen V. Schäfer ohne Berücksichtigung auf den von Vetterem eingelegten Protest abermals zum 1. Schriftführer zu wählen und denselben das vorherige Gehalt zu bewilligen. Nach erfolgter Ernennung, auch fernersin dem Verbande treu und unentwegt anzugehören, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband um 12 Uhr geschlossen.

Mannheim III. Die Filiale hielt am Sonntag, den 8. Juli, seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge; 2. Vortrag: „Der Bauernkrieg im Mittelalter“; 3. Jahresbericht, Kassensbericht und Quartalsabrechnung; 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 5. Bericht der gewählten Kommission Albelm kontra Sotta; 6. Verschiedenes.

Der Vorsitzende der Filiale III eröffnet um 9 Uhr die Versammlung und giebt seine Freude Ausdruck, daß die Versammlung so gut besucht ist. Der 1. Punkt der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder etc. ist bereits vor dem Beginn der Versammlung erledigt worden. Der 2. Punkt wurde in Anbetracht der reichhaltigen und wichtigen Tagesordnung bis zur nächsten Sitzung zurückgeschickt und wird für diesmal auf den Vortrag verschoben.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung erhält der Kassier Rothschmitt das Wort. Derselbe verliest den Kassensbericht des II. Quartals, sowie den Bestand der Mitglieder. Dem Kassier wird hierauf die Decharge erteilt. Zum Jahresbericht giebt der Vorsitzende selbst in kurzen Absätzen folgende Daten an. Die erste Versammlung fand am 25. Juni statt und wurde bezugslos die Filiale am 2. Juli 1899 gegründet. Anheraum sind im verfloßenen Jahre 29 Versammlungen gewesen und sind dieselben auch erprieslich und gedielt für das Gewerkschaftsleben gewesen. Auch über die Errungenschaften und die Fortschritte des Verbandes, welche sich im letzten Jahre verzeichnen ließen, verbreitete sich der Redner in längerer Ausführungen. Punkt 4 der Tagesordnung, „Neuwahl des Gesamtvorstandes“, wurde statutenmäßig erledigt.

Der bisherige Vorstand, bestehend aus den Kollegen Sotta, 1. Vorsitzender, Rothschmitt, Kassier, und Edelmann, Schriftführer, wurde einstimmig wiedergewählt.

Die Kollegen Kraus und Defoiter wurden als Beisitzer ernannt. Das Amt der Revisoren theilen die Kollegen Schmeier und Bander. Gleichzeitig wurde einem Antrage stattgegeben, einen Hilfskassier für die Mitglieder, welche auf den weit abgelegenen Pflanzungen beschäftigt sind, zu wählen. Das Amt wird gleichfalls dem Kollegen Defoiter übertragen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung giebt Kollege Edelmann den Bericht der gewählten Kommission in Sachen Albelm kontra Sotta. Die Debatte wurde, wie vorauszu sehen war, sehr lebhaft. Dem Kollegen Edelmann wird von der Versammlung ein Vorwurf daraus gemacht, daß er den Kommissionsbeschluss mit unterschrieben habe. Der Kollege Edelmann legt der Versammlung warm ans Herz, endlich mit dieser unerwünschten Sache abzubrechen. Es sei von der Kommission alles gethan, um Ruhe und Frieden, sowie gewerkschaftliche Solidarität einzubringen zu lassen. Auch werde Albelm jedenfalls von der Filiale I bei der nächsten Wiedergewähl werden. Es sei daher nur erprieslich und gedielt für beide Filialen, wenn über die Sache Gras wächst. In den Verhandlungsbauschluß zum Sommerfest wurden die Kollegen Weber und Hod gewählt. Um 12 Uhr schließt der Vorsitzende die lebhafteste Versammlung.

Aus unserem Fernst.

In Mannheim nahm der Bürger-Ausschuss (Stadtverordneten-Kollegium) am 17. Juli einstimmig eine Vorlage betreffs der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung der städtischen Arbeiter an. Wir werden auf die Bestimmungen derselben noch näher zurückkommen.

In Dresden verfiel eine Versammlung der städtischen Gew., Wasser-, Licht- und Elektrizitätswerke, welche am 20. d. Mts. stattfand, der politischen Auflösung. Der Referent, Pörsch aus Berlin, kam am Ende seines Vortrages auf das konstitutionelle Fabrikwesen zu sprechen und berührte hierbei, um dasselbe näher zu erklären, das konstitutionelle Staatswesen. Der überwachende Beamte meinte hierauf, dieses gehöre nicht zur Tages-Ordnung und entzog dem Redner das Wort. Als zu gleicher Zeit die Versammelten den Ausführungen des Referenten Beifall gaben, erhob sich der überwachende Beamte und löste die Versammlung wegen „Unruhe“ auf!

Das Königreich Sachsen ist doch ein herrliches Land! Dinge, die z. B. in dem großen Staat Preußen als gesetzlich und unmissig angesehen werden, sind hier vernünftig und gesetzlich! Und da soll noch Jemand klagen vor einem solchen gesetzlichen Zustande haben?! Jeder Volksgenosse hat im Königreich Sachsen das Recht, den Versammlungsrednern das Wort zu entziehen. Nun muß man sich erst die Bildung der unteren Volksorgane

vor Augen führen, um diesen Zustand in seiner ganzen Bewerlichkeit kennen zu lernen. Mit es doch einst in diesem „Kulturstaat“ passirt, als der Vorsitzende einer Versammlung sagte: „Ich ertheile dem Referenten zu seinem Thema das Wort“, der überwachende Beamte sich erhob und ausführte: „Ueber Thema darf hier überhaupt nicht gesprochen werden!“

Das Wort „Thema“ war ihm eine terra incognita. Denselben schließe sich die deutschen Arbeiter immer fester zusammen, daß endlich ein deutsches Reichs-, Vereins- und Versammlungsrecht zu Stande kommt. So reaktionär wie das sächsische wird es nie ausbleiben und Sachen hat sich dann einfach zu fügen. Wollen das die leitenden Herren in Sachsen nicht, so können sie ja nach China auswandern, wo sie schließlich mit ihren sozialpolitischen Ansichten eher hingehörten, als in einem großen Kulturstaat. Wie wenig Verständnis überhaupt in diesen ganzen sächsischen Zuständen liegt, geht schon daraus hervor, daß man nicht etwa die Arbeiterbewegung durch solche Dinge schädigt, sondern sie enorm fördert. Was uns z. B. bisher nicht möglich war, die große Mehrzahl der fraglichen Vereinsgenossen in Kurze zu bringen, das macht jetzt die sächsische Polizeibehörde. Wir sind ihr daher im gewissen Sinne für die güte Unterstützung — wenn auch ungewollte, doch es kommt hier nur auf den Effekt an — unserer Bewegung zum verbindlichen Dank verpflichtet.

In Bremen haben die Arbeiter des Gaswerkes am 28. d. Mts. die Arbeit eingestellt.

Sächsische Arbeiter. Ueber die Löhne der in einer Lohnbewegung befindlichen sächsischen Arbeiter in Sieditz, deren Forderungen in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung kommen werden, macht das Organ des Magistrats, die „Neue Sieditzer Zeitung“, folgende Mittheilungen:

Die Löhne betragen für die ständigen Arbeiter, von denen 160 bis 170 beschäftigt sind, bei einer Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags einschließlich 1/2 stündiger Frühstückspause, und von 2 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends einschließlich 1/2 stündiger Vesperzeit, innerhalb der ersten 3 Jahre 2,30 Mk., für Ueberstunden wurde der sechste Theil ihres Tages-Lohnsatzes gezahlt, vom 8. bis 6. Jahre erhielten sie einen Tagelohn von 2,50 Mk., und nach 6 Jahren 2,70 Mk. Die nicht ständigen Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 2,50 Mk., welche abwechselnd Sonntags vormittag einige Stunden thätig sind, sie erhalten jedoch sammtlich dafür den vollen Tagelohn. Hierdurch stellt sich der Tages-Lohnsatz in den ersten drei Jahren durchschnittlich auf 2,70 Mk., in den darauf folgenden Jahren auf 2,90 Mk. und nach 6 Jahren auf 3,15 Mk. und zwar ununterbrochen Winter und Sommer. (Aber doch nur, wenn die Sonntagsarbeit als Gratsarbeit betrachtet wird!) Red.)

Es bewies derartige Löhnerhöhungen gegenüber einem ungemein sozial- und kommunalpolitischen Tiefstand des Sieditzer Stadtverordnetenkollegiums, wenn es die Forderungen der städtischen Protestanten ablehnen würde.

Der Verein sächsischer Gemeindebeamten, der 4300 Mitglieder zählt, hält vom 11. bis 13. August d. J. in Chemnitz seine diesjährige Generalversammlung ab. Das Direktorium des Vereins, dessen Sitz in Leipzig ist, hat u. a. folgende Punkte auf der Tagesordnung: Bericht in der Pensions-Pensionsangelegenheit; Besprechung der Frage, die Ausstellung von Militärärzten im Gemeindebeamten betreffend, auf Antrag des Gemeindevorstandes; Antrag des Direktoriums: eventuell zu beschließen, dem Unterstützungs-Fonds aus den Mitteln der Jahres-einnahme des Vereins eine Summe Geldes zu überweisen etc.

Ob dieser Verein auch von einem halben Duzend Gensdarmen in seinen Versammlungen überwachet wird, wie das mit unseren Versammlungen in Sachsen geschieht? Ob auch den Rednern das Wort entzogen und die Versammlungen aufgelöst werden? Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

Versammlungs-Anzeiger.

- Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Wendungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.
- Berlin I. (Mittel-Wilhelmsstraße) 17. August.
 - Berlin II. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin III. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin IV. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin V. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin VI. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin VII. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin VIII. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin IX. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin X. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XI. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XII. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XIII. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XIV. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XV. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XVI. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XVII. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XVIII. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XIX. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.
 - Berlin XX. (Mittel-Danilger Straße) 17. August bei Herper, Grenzauer Allee.

Worheim. Jeden 1. Dienstag im Monat Mitgliederversammlung im „Goldenen Vorn“. **Wiesdorf.** Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Samstag im Monat, 8 Uhr Abends. **Wien.** Stuttgart II. Jeden 2. Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.

Abrechnung des Verbands-Vorstandes für das I. Quartal 1900.

Einnahme	
Bestand vom 4. Quartal 1900	4151,45 Mk.
Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge der Filialen	2856,22
Summa 7007,67 Mk.	
Ausgabe	
Fachzeitung „Die Gewerkschaft“ a Conto	750,— Mk.
Drucksachen (Statuten u. Mitgliedsbücher etc.)	329,—
Agitation	224,60
Gehalt des Sekretärs, des Kassiers, Entschädigung für Hilfskräfte	469,—
Porto	160,—
Gemächereiten-Unterstützung	120,—
Bureaubedürfnisse	53,30
Bureaumiete	22,50
Sitzungsgelder	26,50
Streit-Unterstützung	52,50
Rechtschulung	40,60
Stempel	5,70
General-Kommission	63,—
Literatur	19,—
Summa 2335,70 Mk.	

Abschluss. Einnahme 7007,67 Mk. Ausgabe 2335,70 Mk. Bleibt ein Vermögen von 4671,97 Mk. Revidirt und richtig befunden. Berlin, den 22. Juli 1900. P. Schulz, A. Lehmann.

Filiale Berlin I b. (Anstalt Gitschinerstraße). **Sonntag-nd, den 25. August 1900:**

Gr. Sommernachts-Ball

bei Klomms, Dainhalde 14/15. **Anfang 8 Uhr. Ende ???** Herren 50 Pf., Damen 25 Pf. Die Filiale haben auch Giltigkeit für das Spezialitäten-Theater. Um zahlreichen Besuch der Kollegen aller Berliner Filialen bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Filiale VI. Berlin. Achtung! (Vatermännlicher.)

Mittwoch, den 1. August 1900, Vorm. 11 Uhr:

General-Versammlung

bei Steinhof, Andreasstr. 21. **Tages-Ordnung:** 1. Abrechnung und 2. Quartal. — 2. Neuwahl des Filial-Vorstandes und der Revisoren. — 3. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung wird es den Kollegen zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß keiner fehlt. **Der Filial-Vorstand.** J. A.: Ferns Wagner.

Bureauarbeiter.

Für das Bureau unseres Verbandes wird baldigst für dauernde Beschäftigung ein Hilfsarbeiter gesucht. Derselbe muß die notwendigen Bureauarbeiten, insbesondere Eingaben an Behörden etc. selbstständig ausfertigen und die Korrespondenz erledigen können. Er muß auch über eine gute Handschrift verfügen und richtig deutsch zu schreiben in der Lage sein. Einige rechtverdienliche Vergütung wäre erwünscht. Als monatliches Gehalt wird vorläufig 120 Mk. gewährt; bei entsprechender Thätigkeit später mehr. Interessirte Bundeskollegen wollen ihre Adresse unter Einsendung ihres Lebenslaufes bis zum 15. August an den Unterzeichneten einreichen. **Der Verbands-Vorstand und -Ausschuss.** J. A.: Dr. Pörsch, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Erklärung.

Ich nehme die Behauptungen, welche ich gegen den Maurer Franz Walther gethan habe, mit Bedauern zurück und erkläre, daß ich mich im Irrthum befunden habe. **Mannheim.** Alfred Gensch.

Ueberall

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksversammlungen den Einzelverkauf des bekannten bismarckisch-sächsischen Arbeiterblattes

Jüdischer Postillon

übernehmen können. **Günstige Bedingungen.** Weitere Auskunft ertheilt auf ges. Anfrage **M. Graß, Verlag, München, Gensfeldstr. 4.**

Berant. Redakteur: Dr. Pörsch, Berlin, Winterfeldstr. 25. Druck von Maurer & Pimmis, S., Vossien-Ufer 11.